

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Jüdische Gemeinden

Datum: 26.06.2026

Wie bewertet Ihre Partei die Notwendigkeit der Unterstützung jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt angesichts der zunehmenden antisemitischen Vorfälle?

Wir setzen uns seit über 150 Jahren für eine demokratische, solidarische und tolerante Gesellschaft ein. Wir erteilen allen autoritären, rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen und Strömungen eine Absage. Unsere Gesellschaft lebt vom Respekt vor vielfältigen Herkunftsgeschichten, Glaubensrichtungen, Biografien und Lebensentwürfen. Diesen Respekt bringen wir allen Menschen entgegen.

Jüdisches Leben gehört seit vielen Jahrhunderten zu Sachsen-Anhalt. Jüdische Kultur, Tradition und Religion sind und bleiben Bestandteile der deutschen Gesellschaft. Dafür stehen wir ein.

Wir wollen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland und in Sachsen-Anhalt sicher leben. Wir stehen fest an der Seite der jüdischen Gemeinschaft. Der zunehmende Antisemitismus besorgt uns sehr. Es gab in den letzten Jahren eine Zunahme von antisemitischen Vorfällen, (Beschädigungen, Stehlen von Stolpersteinen, Beschimpfungen, körperliche Angriff u.v.m.) wie die Berichte der Meldestelle Rias belegen. Der antisemitische und rechtsradikale Mordanschlag von Halle und der versuchte Mord an Jüdinnen und Juden in der Synagoge an Jom Kippur 2019 haben gezeigt, dass es ein weit verbreitetes rechtsextrem motiviertes und terroristisches Gedankengut und Taten gibt, die leider keine Einzelfälle sind.

Wir werden uns weiterhin für die Bekämpfung von Antisemitismus und den Schutz des jüdischen Lebens einsetzen. In unserem Wahlprogramm heißt es: „Ein besonderes Anliegen sind uns die Stärkung und der Schutz jüdischen Lebens. Jüdisches Leben gehört untrennbar zu unserer Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Wir setzen uns entschlossen für seine Sichtbarkeit, eine freie Entfaltung jüdischen Lebens und seiner Sicherheit ein und treten Antisemitismus in jeder Form entschieden entgegen.“ Und: „Wir setzen uns weiterhin für landesweite jüdische Kulturtage ein, um die Vielfalt der jüdischen Kultur zu bewerben.“

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Welche Maßnahmen, wie zum Beispiel die Weiterentwicklung des Landesprogramms „Jüdisches Leben stärken -Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“ und die institutionelle Absicherung des im Staatsvertrag verankerten Ansprechpartners für jüdisches Leben bzw. des Landesbeauftragten, sollen fortgeführt oder neu entwickelt werden, um das jüdische Leben in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern und weiter zu stärken?

In unserem Wahlprogramm haben wir festgelegt: „Die Arbeit des Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus wird zur Funktion eines Antisemitismusbeauftragten weiterentwickelt.“ Wir wollen das Landesprogramm „Jüdisches Leben stärken - Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“ weiterentwickeln und an aktuelle Entwicklungen anpassen.

Erst kürzlich hat der Landtag von Sachsen-Anhalt den novellierten Vertrag mit der jüdischen Gemeinschaft für weitere 10 Jahre beschlossen. Darin wird die Zusammenarbeit zwischen dem Land und der jüdischen Gemeinschaft umfassend geregelt. Über kulturelle Fragen zum Erhalt jüdischen Erbes bis hin zu Sicherheit, Bildung und Begegnung.

In letzter Zeit beteiligen sich viele Menschen offen an antiisraelischen oder sogenannten „israelkritischen“ Demonstrationen und positionieren sich dabei antisemitisch. Wie bewertet Ihre Partei die bisherigen Reaktionen der Behörden in Sachsen-Anhalt auf solche und andere antisemitische Vorfälle im öffentlichen Raum?

Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um eine Eskalation frühzeitig zu verhindern und mit entsprechenden Parolen und Symbolen im Kontext von Israel angemessen umzugehen?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir dulden keinen Antisemitismus – egal aus welcher Richtung er kommt, auch nicht unter dem Deckmantel der „Israelkritik“. Wir wissen, dass unsere Sicherheitsbehörden viel tun, damit Jüdinnen und Juden sich sicher fühlen und jüdische Einrichtungen geschützt werden.

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut in unserer Demokratie. Es schützt auch Demonstrationen gegen die Politik der israelischen Regierung, aber wenn dort antisemitische Hetze und mögliche Gewalttaten propagiert werden, muss konsequent eingeschritten oder bei ersten Anzeichen die Demonstration eingeschränkt bzw. verboten werden.

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Um Ausschreitungen und Eskalationen bei Demonstrationen zu verhindern, ist eine vorherige Information bzw. Kommunikation über die Grenzen der freien Meinungsäußerung und Antisemitismus bzw. des Bereiches § 86a des Strafgesetzbuches (StGB) unerlässlich. Zeichen, die die Hamas verherrlichen (Betätigungsverbot gegen die Hamas vom 2.11.2023) sind ebenso verboten wie die Verwendung und Verbreitung einer Reihe von Symbolen, die als Kennzeichen der Hamas eingestuft werden.

Unter den Demonstrierenden sind auch viele ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland leben. Sollten straf- und migrationsrechtliche Maßnahmen gegenüber ausländischen Staatsangehörigen, die antisemitische Straftaten begehen, konsequenter angewandt werden, einschließlich möglicher Maßnahmen, die zum Verlust des Aufenthaltsrechts führen können?

Die Fraktionen von SPD und CDU haben sich 2021 auf eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts geeinigt. Wer wegen einer antisemitischen oder rassistischen Straftat verurteilt wurde, soll nicht mehr eingebürgert werden. Mit der 4. Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wurde gesetzlich verankert, dass wer wegen einer antisemitisch oder rassistisch motivierten Straftat verurteilt worden ist, nicht eingebürgert werden kann. Dies gilt auch bei geringfügigen Gesetzesverstößen bei der Verurteilung wegen einer antisemitischen Straftat unterhalb der Schwelle der Bagatelldelikte.

Wer in Sachsen-Anhalt eingebürgert werden will, muss seit 2023 in einem schriftlichen Bekenntnis das Existenzrecht Israels anerkennen. Dies ist in einem entsprechenden Erlass an die kreisfreien Städte und Landkreise im Land festgehalten. Die Frage, ob eine solche Regelung auch für Personen gelten soll, die einen Aufenthaltstitel haben, wurde im Bundesrat 2024 diskutiert. Dort konnte man sich nicht auf eine entsprechende Regelung einigen.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um antisemitische Einstellungen früh im Integrations-prozess, insbesondere in Sprachkursen und Bildungseinrichtungen, zu erkennen? Und wie soll die Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Ausländerbehörden verbessert werden, um eine realistische Einschätzung zu ermöglichen?

Um frühzeitig antisemitische Äußerungen oder Strömungen zu erkennen, bedarf es Schulungen des Unterrichtspersonals. Als Leitfaden für alle (!) Bildungseinrichtungen orientieren wir uns an der Erklärung der Kultusministerkonferenz: Maßnahmen gegen Antisemitismus und

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Israelfeindlichkeit schützen unsere Demokratie. Es geht um die stärkere Verankerung der Beschäftigung mit dem Judentum in Vergangenheit und Gegenwart, der Geschichte und Gegenwart des Staates Israel und des Nahostkonflikts sowie die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus im Unterricht verschiedener Fächer, außerdem um eine stärkere Präsenz gegenwärtigen jüdischen Lebens und jüdischer Perspektiven.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um zu gewährleisten, dass internationale Verflechtungen des Antisemitismus, beispielsweise zwischen Anhängern des Nationalsozialismus und Terrororganisationen im Nahen Osten, an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt angemessen thematisiert werden, sodass aktuelle Entwicklungen besser eingeordnet werden können?

Forschung und Lehre sind frei. Alle Hochschulen des Landes haben sich jedoch in der Präambel der Zielvereinbarungen 2025-2029 dazu bekannt, sich „gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus“ zu wenden und sich an den entsprechenden Beschlüssen der KMK und Hochschulrektorenkonferenz zu orientieren. Das schließt den kritischen Diskurs in der Hochschulöffentlichkeit über die in der Frage benannten Verflechtungen ein.

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Antisemitismus wirksam vorzubeugen und die demokratische Resilienz von Schülerinnen und Schülern zu stärken?

Leider beobachten wir auch an Schulen eine Zunahme von rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen. Die Bekämpfung des Antisemitismus an Schulen erfordert ein umfassendes Vorgehen, das Bildung, Prävention und Intervention der Lehrkräfte umfasst. Bedingung ist ein schulisches Umfeld, das von Respekt, Toleranz und Vielfalt geprägt ist. Lehrkräfte stehen vor der Aufgabe diesen Strömungen entgegenzutreten und präventiv zu wirken. Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) bot bspw. den landesweiten Fachtag „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und Antisemitismusprävention im schulischen Alltag“ an, der sich an Lehrkräfte und pädagogisches Personal richtete. Es ist darüber hinaus wichtig, dass Wissen und Verständnis für jüdische Kultur und Geschichte zu fördern und durch Kenntnis und Verständnis frühzeitig aktiv zu werden. Es gibt die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, den jüdischen Gemeinden, der Moses-Mendelssohn-Akademie in Halberstadt, dem Museum Synagoge Gröbzig und weitere Einrichtungen des jüdischen Erbes, die ein differenziertes und vielfältiges Bild des Judentums im schulischen Alltag

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

sichtbar machen. Leitend ist die Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule.

Schule ist nicht nur ein Bildungsort, sondern auch ein Ort der demokratischen Bildung an dem das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt gelten und antisemitische, rassistische, antidemokratische und verfassungsfeindliche Äußerungen keinen Platz haben. Lehrkräfte dürfen, sollen und müssen Haltung zeigen, wenn es um die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geht. Lehrkräfte sind ausdrücklich berechtigt und verpflichtet, für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten. Menschenwürde, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine parteipolitischen Positionen, sondern verfassungsrechtlich verbürgte Grundwerte. Diskriminierende, rassistische oder demokratiefeindliche Äußerungen dürfen nicht als bloße ‚Meinung‘ stehen bleiben, sondern müssen von Lehrkräften eingeordnet und kritisch reflektiert werden.

Können Sie sich vorstellen, dass der schulische Unterricht in Sachsen-Anhalt künftig folgende Themen verpflichtend behandelt?

- **Aufarbeitung der Shoah und Vermittlung der neueren jüdischen Geschichte seit 1945**
- **Besuch der Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes**
- **Verankerung des Vergleichs zwischen historischen Diktaturen und heutigen autoritären Systemen**
- **Aufklärung zur Auseinandersetzung mit aktuellem Extremismus und dessen Bezug zu anti-semitischen Einstellungen**

Diese Themen werden in den Schulen des Landes behandelt und pädagogisch altersgerecht vermittelt. Derzeit werden die Lehrpläne für einzelne Klassenstufen überarbeitet. Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt (Drs. 8/6383), diese Themen stärker zu berücksichtigen. Der Landtag hat im vergangenen Jahr über eine Ausweitung der Fahrten zu den Gedenkstättenfahrten der beiden deutschen Diktaturen diskutiert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jeder Schüler und jede Schülerin mindestens einmal in ihrer/seiner Schulzeit eine Gedenkstätte besucht. Die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung werden wir entsprechend bereitstellen.

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

In Halle (Saale) entsteht bis 2030 das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Die jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt hat durch die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten nach 1989 eine einzigartige Renaissance und Transformation erlebt, die die Identität unseres Landes mitgeprägt hat.

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese spezifisch jüdische Perspektive der Nachwendezeit als integraler Bestandteil der ostdeutschen Erfolgsgeschichte im inhaltlichen Konzept des Zukunftszentrums in Halle (Saale) angemessen und dauerhaft repräsentiert wird?

Der Programmentwicklungsprozess des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation befindet sich noch ganz am Anfang. Vonseiten der das Zentrum tragenden gGmbH wurde zugesichert, dass in diesem Prozess auch die Erfahrungen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und Osteuropa mit einbezogen werden. Wir werden die Entwicklung des Programms weiter aufmerksam begleiten und eine angemessene Repräsentation der jüdischen Gemeinschaft einfordern.

Welche Initiativen wird Ihre Partei unterstützen, um die bilateralen Beziehungen Sachsen-Anhalts zum Staat Israel auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene weiter zu vertiefen?

Das Land Sachsen-Anhalt pflegt enge und freundschaftliche Beziehungen zum Staat Israel und zu dessen Botschaft in Berlin. Es bestehen verschiedenste Kultur- und Wirtschaftskooperationen sowie Verbindungen auf kommunaler Ebene. Etwa die im November 2024 beschlossene Städtepartnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und Kiryat Motzkin oder die Deutsch-Israelische Gesellschaft. Die Landesregierung unterstützt seit der Gründung 2001 das bundesweit agierende Koordinierungszentrum ConAct für den deutsch-israelischen Jugendaustausch mit Sitz in Lutherstadt Wittenberg. Derzeit sind aufgrund des Iran-Krieges Austausche und persönliche Beziehungen schwieriger geworden. Diese Aktivitäten wollen wir weiterführen. Gern möchten wir eine Zusammenarbeit mit YAD Vasehm für den Bildungsbereiche/Gedenkstätten intensivieren.